

Offen für alle – solidarisch mit den Leidenden!

Das vergangene Jahr war geprägt von zwei Ereignissen, die die Arbeit im Bereich OeME-Migration stark beeinflusst haben. Da war zum einen die Covid-19-Pandemie mit ihren Auswirkungen für unsere Partner in der Schweiz, aber auch in der Welt.



 Ueli Burkhalter
Departementschef OeME-Migration

Zum andern war im Herbst des vergangenen Jahres der Abstimmungskampf für die Konzernverantwortungsinitiative ein Ereignis, das uns als Bereich OeME-Migration sehr beschäftigte. Die Initiative wurde von über 60 Entwicklungs-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen lanciert. Sie war sozusagen eine politische Umsetzung des jahrzehntelangen Engagements der Kirchen für «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung».

Eine breite Koalition aus Wirtschaft, Politik und Hilfswerken unterstützte das Anliegen der Konzernverantwortungsinitiative. Auch in den Kirchen wurde die Initiative von zahlreichen Kirchgemeinden, Einzelpersonen und Landeskirchen mitgetragen, darunter von den Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn. Als Beitrag zu einer offenen Diskussion hat der Synodalrat in einem Standpunkt aus biblisch-theologischer Sicht dazu Stellung genommen. Darin nimmt er neben biblischen Aussagen auch Bezug auf einen der Leitsätze der Vision, «Offen für alle – solidarisch mit den Leidenden». Der Standpunkt des Synodalrats ist gedacht als Beitrag für eine offene Diskussion zu einem gesellschaftspolitischen Thema.

In der Hitze des Abstimmungskampfes bezogen viele Kirchgemeinden klar Stellung für die Anliegen der Initiative und brachten dies unter anderem durch das Aufhängen von Fahnen an den Kirchtürmen und Kirchgemeindehäusern zum Ausdruck. Im Sinne der grossen Autonomie der Kirchgemeinden in unserer Kirche wurde die Art des

Engagements von den Kirchgemeinderäten in den einzelnen Kirchgemeinden bestimmt. Gerade die Fahnen, die für die Initiative warben, lösten zum Teil heftige Reaktionen aus. Von den Gegnern der Initiative wurde der Vorwurf laut, dass die Befürworter der Initiative den Gegnern das Christsein absprechen würden. Die Diskussion verlagerte sich von der offenen Diskussion über die berechtigten Anliegen der Initiativen zu einer Diskussion über die Methoden der Kampagnen. Der Synodalrat bedauerte diese Entwicklung und suchte immer wieder das offene Gespräch, gerade auch mit den Gegnern der Initiative. Auch die vielen Protestbriefe von Einzelpersonen zum Thema «politisches Engagement der Kirche» wurden alle persönlich beantwortet.

Der Synodalrat ist der Meinung, dass im Nachgang dieser Abstimmung die Diskussion über die Art des gesellschaftspolitischen Engagements der Kirche offen geführt werden muss. Die Kirche macht nicht Tagespolitik. Aber als Kirche sind wir aufgerufen, aufgrund des biblischen Zeugnisses, aufgrund des Auftrags der Kirchenverfassung und der Kirchenordnung sowie der Werte, die wir als Kirche vertreten, uns auch weiterhin zu gesellschaftspolitischen Themen zu äussern. Die Form des Engagements muss offen diskutiert werden.

Gerade unter erschwerten Bedingungen ist es wichtig, den Schwachen und Benachteiligten bei uns und in der Welt eine Stimme zu geben – ein biblischer, ein evangelischer Kernauftrag der Kirche! ■